

Die Entwicklung der politischen Parteien und weltanschaulichen Strömungen in Deutschland beginnt mit der Reaktion des feudalen Grundbesitzes auf die Französische Revolution. Aber erst die Aufhebung der »Karlsbader Beschlüsse« und die Gewährung der Pressefreiheit als ein wesentliches Zugeständnis an die Märzrevolution von 1848 bringt ein breites Zeitungswesen hervor, ohne das die politisch-theoretische Entwicklung in Deutschland nicht zu denken ist. Was für den bürgerlich-kapitalistischen Liberalismus die *Vossische Zeitung* war und für den heranreifenden proletarischen Sozialismus die von Karl Marx herausgegebene *Neue Rheinische Zeitung*, das wurde für den grundbesitzenden Konservatismus die vor 175 Jahren gegründete *Neue Preußische Zeitung*, deren Symbol – »das Eiserne Kreuz« – ihr von Anfang an den Beinamen »Kreuzzeitung« gab.

In den gut 90 Jahren ihres Bestehens (bis 1939) legte das von den Angehörigen des grundbesitzenden Adels und der sich aus ihm rekrutierenden politisch-militärischen Staatsklasse gelesene Elitenblatt Zeugnis ab von den politisch-ideologischen Volten, zu denen die feudale Grundbesitzerklasse fähig war in ihrem letztlich zum Scheitern verurteilten Versuch, Herrschaft und Privilegien auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung und des Aufstiegs des städtischen Industriekapitals aufrechtzuerhalten. Während Liberalismus und Sozialismus auch über das Zeitungswesen hergestellte kohärente Weltanschauungen sind mit klaren Vorstellungen über die gesellschaftlichen Fernziele, zeichnet sich der Konservatismus durch eine bemerkenswerte Inkohärenz aus, die damit zusammenhängt, dass er der mehr oder weniger demagogischen Abwehr neuer gesellschaftlicher Kräfte und der Verteidigung nicht mehr zu rechtfertigender Klassenprivilegien dient. Dass er dabei die eigene Theorieschwäche mit dem Festhalten an ewigen Werten und einer Skepsis gegen »Abstraktion« und »Weltverbesserer« wegzuerklären versucht hat, lässt ihn dabei nicht intelligenter erscheinen. Aber wie der Ideengeschichtler Corey Robin in »The Reactionary Mind« schreibt: Der Konservatismus war immer am klügsten, wenn er am stärksten von unten unter Druck geriet und bessere Argumente zur Rechtfertigung der Privilegien seiner Herkunftsklasse vorzubringen hatte als: »das war schon immer so« und »ist gottgewollt«. Und so entstanden auch im Konservatismus interessante Strömungen. Eine davon ist der Sozialkonservatismus.

### Junkerideologie

Gegründet wurde die *Kreuzzeitung* von einer Gruppe konservativer Funktionseleiten unter führender Beteiligung von Ernst Ludwig von Gerlach. Der war nicht nur Initiator der Zeitung, sondern gründete auf der Basis des »Vereins zur Wahrung der Interessen des Grundbesitzes und zur Förderung des Wohlstands aller Klassen« auch die preußische Konservative Partei, der auch der junge Otto von Bismarck als Abgeordneter angehörte.

Chefredakteur der *Kreuzzeitung* wurde indes der Politiker Hermann Wagener, der das Ziel einer schlagkräftigen konservativen Partei über das Blatt realisieren wollte. Moritz von Blankenburg hatte ihn im Revolutionsjahr mit dem späteren preußischen Ministerpräsidenten und ersten Reichskanzler Otto von Bismarck bekanntgemacht, und damit begann eine für den Konservatismus entscheidende wie konfliktbehaftete Verbindung. Wagener sei, erinnerte sich später der langjährige *Kreuzzeitung*-Mitarbeiter und Schriftsteller Theodor Fontane, »eine Art Neben-sonne zu Bismarck« gewesen.

Die Klassenbasis des Konservatismus war der grundbesitzende Adel, die sogenannten »Junker«, die, einst vom König belehnt und ihm verpflichtet, die Träger der Monarchie und auch die militärische und zivile Staatsklasse bildeten. Die sogenannte Befreiung der Bauern von Erbuntertänigkeit und Schollenpflichtigkeit nach 1807 war das Ergebnis der Modernisierungserfordernisse gewesen, die durch die desaströsen militärischen Niederlagen gegen Napoleon offensichtlich geworden waren und entsprechend mit dem Ziel der Produktivitätssteigerung erfolgten. Sie war nur scheinbar gegen die Interessen der Großgrundbesitzer gerichtet, die jetzt auf Frondienste guts-eigener Bauern verzichten mussten.



Zur Lösung der Arbeiterfrage schwebte den Sozialkonservativen ein »cäsaristischer Staatssozialismus« mit Bismarck als Cäsaren vor (Bismarck-Karikatur aus dem *Kladderadatsch* vom 10. September 1865)

# »Sozialismus« gegen Revolution

Auf der Suche nach dem Klassenbündnis.  
Die *Kreuzzeitung* und die Ursprünge des  
Sozialkonservatismus. Von Ingar Solty

Im Zuge der Aufteilung des Gemeindelandes mehrten die ökonomisch und politisch herrschenden Gutsbesitzer nämlich ihre Besitzungen und eigneten sich die Filetstücke der Allmende an; nach einer sehr kurzen Phase einer tatsächlich wachsenden Zahl freier Bauern sorgte die Aufhebung der Verschuldungsgrenze – die Bauern hatten sich von der Erbuntertänigkeit freikaufen und Bauernland über Kredite erwerben müssen – dafür, dass es zu einer gewaltigen Welle der Pleiten, Zwangsversteigerungen und Ausverkäufe zugunsten des Großgrundbesitzes kam. Auf diese Weise wurde der agrarkapitalistische Großbetrieb im ostelbischen Preußen nicht nur zur alles dominierenden Produktionseinheit, sondern in dem Maße, in dem freie Bauern zu eigentumslosen Landarbeitern herabsanken, gelangte der Großgrundbesitzer auch an die zusätzlichen Arbeitskräfte, die als Ersatz für die Frondienste zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Großbetriebs unerlässlich geworden waren.

### Cäsaristischer Sozialismus

Die Großgrundbesitzer hatten also von der agrarkapitalistischen Umgestaltung des Landes profitiert. Zugleich hatte die Revolution von 1848 gezeigt, dass die kapitalistische Entwicklung mit dem städtischen Industriebürgertum auch den Liberalismus stärkte. Die *Kreuzzeitung* war gegen diese Herausforderung gegründet worden. Auch Wagener verfolgte die klassischen konservativen Ziele der Grundbesitzenden: Abwehr der Demokratie, Verteidigung der Monarchie und Behauptung der Privilegien des Adelsstands. Aber die Wege dorthin unterschieden sich, verliefen mitunter gegensätzlich.

Für die Gründergeneration war die Revolution von 1848 das einschneidende Sozialisationsereignis. Viele Konservative, darunter auch Bismarck, der sich in der Konterrevolution als erzreaktionärer Scharfmacher einen Namen gemacht hatte, glaubten, die Zeit zurückdrehen, durch eine »gegenrevolutionäre Entscheidungsschlacht« den Liberalismus besiegen und den Parlamentarismus als Gegenmacht zur Monarchie wieder abschaffen zu können. Die Gründung von Parteien und Zeitungen erschienen ihnen als Abkehr vom »dynastischen Prinzip« und von der transzendentalen Herleitung der Autorität der Monarchie von Gott. Wer eine Partei gründet, kann schließlich nicht mehr Stellvertreter Gottes auf Erden sein, sondern beginnt plötzlich ein Mehrheiten zu ringen, auch wenn der Feudaladel sich mit dem Dreiklassenwahlrecht zu helfen wusste, seine Macht nicht durch seinen Status als Minderheitenklasse zu gefährden.

Entgegen der rückwärtsgerichteten Illusionen brachte der umtriebige Wagener die intellektuellen Fähigkeiten mit, die Grundbesitzerklasse nicht in eine aussichtslose Abwehrschlacht gegen die Moderne zu führen, sondern bündnisfähig zu machen, um der wachsenden Macht der Industriebourgeoisie in den Städten und dem Liberalismus etwas entgegenzusetzen. Für sein Projekt gründete Wagener weitere publizistische Großunternehmen. Das von ihm herausgegebene »Staats- und Gesellschaftslexikon«, das zwischen 1859 und 1867 in 23 Bänden erschien, sollte das geistige Fundament für die Reaktion legen. Die von ihm ein Jahr nach seinem Ausscheiden aus der *Kreuzzeitung* 1855 ins Leben gerufene *Berliner Revue* war in den Worten von Adalbert Hahn »für die Ohren der politischen Klasse und vor allem für Bismarcks Ohren geschrieben«. Aus den Ereignissen von Vormärz und Märzrevolution, in der das Proletariat zum ersten Mal als eigenständige Kraft in Erscheinung getreten war, hatte Wagener die Schlüsse gezogen, dass die soziale Frage entscheidende Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung erlangen würde.

Wageners Interesse am Schicksal der Arbeiterklasse war indes kaum von demokratischen Vorstellungen getrieben, sondern im Gegenteil von Obrigkeitstaatllichkeit, Demokratieabwehr und Revolutionsfurcht. Die wachsende Bereitschaft zu sozialen Zugeständnissen und die Entwicklung eines sozialpolitischen Profils entsprangen der Absicht, Forderungen der Arbeiterklasse nach ökonomischer und politischer Freiheit die Spitze zu nehmen. Die Vision war die einer starken sozialkonservativen Partei und eines »cäsaristischen Staatssozialismus«.

Historisches Vorbild einer solchen Herrschaft war Napoleon III., den die Sozialkonservativen

insbesondere für seine Bemühungen um den Erhalt des grundbesitzenden Kleinbürgertums sowie für die Orientierung an der »progressiven Erbschaftssteuer« bewunderten. Wagener schrieb gar eine Monographie über Napoleon III., und sein Adlatus Rudolf Meyer bezeichnete das »napoleonische Wirtschaftssystem« als den »cäsaristische(n) Socialismus auf St. Simonistischer Grundlage«.

### Bismarck und Lasalle

Die Grundbesitzerklasse und die *Kreuzzeitung* waren, was die neuen Verhältnisse anging, gespalten. Bismarck stammte aus ihren Reihen und war von ihnen 1862 für das Amt des preußischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen worden, zugleich aber beobachteten sie misstrauisch die von Bismarck geförderte industrielle Entwicklung in den kapitalistischen Städten, die nicht nur zu wachsender Macht der Industriebourgeoisie führte, sondern zugleich auch eine ständige Abwanderung von Arbeitskräften in die urbanen Zentren zur Folge hatte. Vor diesem Hintergrund spalteten sich 1865 die »Freikonservativen« vom »Konservativen Preußischen Verein« ab und wurden mit den Nationalliberalen Teil von Bismarcks Machtblock.

Mit der Niederschlagung der Revolution von 1848 waren die Träume von der revolutionären Gründung der Nation von unten zerstört worden. Nach dem preußischen Verfassungskonflikt von 1862 setzte Bismarck zielstrebig auf die Nationengründung von oben und die obrigkeitstaatliche »kleindeutsche Lösung« – und zwar auf dem Wege des Krieges. In den »Reichseinigungskriegen« zwang er zunächst 1864 zusammen mit Österreich das Königreich Dänemark zur Abtretung deutschsprachiger Gebiete. Zwei Jahre später ließ er Krieg gegen die Habsburgmonarchie führen, um Österreich aus dem »Deutschen Bund« als Grundlage des zukünftigen Nationalstaats herauszudrängen. 1870/71 schließlich provozierte Bismarck mit der »Emscher Depesche« eine Kriegserklärung Frankreichs an Preußen und brachte so Baden, Württemberg, Bayern und Hessen-Darmstadt dazu, sich unter preußische Vorherrschaft im Norddeutschen Bund zu begeben. Nach dem Sieg über Frankreich gründete sich die deutsche Nation im Spiegelsaal von Versailles als ein autoritärer Obrigkeitsstaat mit der Proklamation des preußischen Königs zu Kaiser Wilhelm I. und mit Bismarck als erstem Reichskanzler.

Die Zeit zwischen Verfassungskonflikt und Reichsgründung war zugleich für die innere politische Entwicklung entscheidend. 1863 hatte Ferdinand Lassalle mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) die erste Arbeiterpartei gegründet. Zusammen mit der ersten weltumspannenden Krise des Kapitalismus (1857–1859) war der ADAV ein Anzeichen für die wachsenden Widersprüche des Kapitalismus und die politische Emanzipation des Proletariats vom Liberalismus.

In der *Kreuzzeitung* entbrannte über den Umgang mit dem ADAV ein Streit. Während der größere Teil zusammen mit der Industriebourgeoisie vor der Gefahr des Sozialismus warnte, erkannten die Sozialkonservativen seine historische Bedeutung. Wagener ging schnell auf Tuchfühlung mit Lassalle und vermittelte wohl auch den Kontakt zu Bismarck, für den er zwischen 1863 und 1864 auch verschiedenste Denkschriften zur »Arbeiterfrage« verfasst hatte und auf dessen Seite er sich infolge der Spaltung des preußischen Konservatismus stellte. Auf Wagens Vermittlung hin gelang es, dass Bismarck staatlich subventionierten Produktivassoziationen für verarmte Gesellen zustimmte – ein Vorschlag, der von den industriekapitalistischen Liberalen politisch und ideologisch vehement bekämpft wurde. Bismarck zeigte sich sogar der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht aufgeschlossen und ernannte Wagener im März 1866 auch gegen den Willen des Königs zum Zweiten Vortragenden Rat im Staatsministerium und dann sechs Jahre später schließlich zum Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat.

Bismarcks Aufgeschlossenheit hatte Gründe. An die damalige Zeit erinnerte sich August Bebel später wie folgt: »(E)s gab unter den preußischen Konservativen viele, die hofften, was die Liberalen fürchteten: Sie hofften, dass durch eine Spaltung zwischen liberaler Bourgeoisie und

Arbeitern die Opposition der ersteren im Verfassungskonflikt gebrochen werde. In einem Teil der konservativen Partei sah man sogar in dem heute so sorgfältig konservierten Dreiklassenwahlrecht die Ursache der Herrschaft der liberalen Bourgeoisie in der Kammer und war der Ansicht, dass eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes gewählte Kammer eine regierungsfreundliche Mehrheit ergeben werde (...). Ja man wollte in diesen Kreisen den Arbeitern nicht bloß politisch, sondern auch sozial entgegenkommen, in der Hoffnung, dadurch zwischen Bourgeoisie und Arbeiter dauernd einen Keil zu treiben (...). Als im Oktober 1862 (Casimir) Eichler als Delegierter der Berliner Arbeiter nach Leipzig kam, um mit uns (...) Beratungen zu pflegen, entwickelte er einen Plan, wonach Bismarck bereit sein sollte, den Arbeitern auch ökonomisch zu helfen, und zwar durch die Gründung von Produktivassoziationen mit Staatshilfe.«

Dabei legte Bebel eine enge Kooperation zwischen Lassalle und den Sozialkonservativen nahe: »Betrachtet man, dass Lassalle erst (...) im März 1863 (...) den Plan der Produktivgenossenschaften durch Staatshilfe und die Notwendigkeit des allgemeinen Stimmrechtes entwickelte, so musste es auffallen, dass ein Eichler schon sieben Monate früher mit solchen Ideen hervortreten konnte. (...) Lassalles Pläne waren zweifellos auch seiner intimen Freundin, der Gräfin Sophie von Hatzfeldt, bekanntgeworden, und diese hatte mit den leitenden Personen in den konservativen Kreisen genaue Fühlung. Es wäre wunderbar gewesen, wenn man bei solchen Beziehungen in den konservativen Kreisen, in denen ein Ober-

„ Man wollte in diesen Kreisen den Arbeitern entgegenkommen, in der Hoffnung, dadurch zwischen Bourgeoisie und Arbeiter dauernd einen Keil zu treiben (August Bebel)

demagoge wie der Geheimrat Hermann Wagener der Drahtzieher war, von diesen Plänen Lassalles keine Kenntnis erhalten hätte und diese ausnutzte, indem er Eichler inspirierte.« Bebel bewies hier einen guten Riecher. 15 Jahre nach seinem Tod tauchte schließlich die Korrespondenz zwischen Lassalle und Bismarck auf, die belegte, dass dieser jenen schon vor der ADAV-Gründung zu einer Unterredung »über die Arbeiterfrage« eingeladen hatte, auf die dann weitere ausführliche Geheimgespräche folgten.

Das zu dieser Zeit von Bismarck vermutlich geteilte Ziel Wagens und dessen Verbündeten Meyer und Johann Karl Rodbertus, Ökonom und Verfasser von Denkschriften »an die Arbeiter«, war die Konstruktion eines Bündnisses zwischen Grundbesitz und Arbeiterklasse, ein »cäsaristischer Staatssozialismus« mit Bismarck als Cäsaren. Für das von Bismarck anzuführende Klassenbündnis bedurfte es in jedem Fall eines Konservatismus, der nicht bloß das reine Interesse der Junker verkörperte. Während die *Kreuzzeitung* nun vor allem die rechte Opposition zu Bismarck repräsentierte, nicht zuletzt im 1871 einsetzenden Kulturkampf gegen die Oberhoheit der katholischen Kirche über die Bildungspolitik im katholischen Deutschland, getrauten es sich Wagener und die *Revue* in die »Arbeiterfrage« auch die Interessen der Landarbeiter und Tagelöhner in der Landwirtschaft zu integrieren und sich damit in offenen Gegensatz zu den Großgrundbesitzern zu begeben.

### Revolutionsfurcht

Die Junker waren im Zuge der Reichseinigungskriege und des »Gründerbooms« in Kreditnot und damit in einen verschärften Antagonismus zur Industrie wie auch zum ländlichen Proletariat geraten. Als mit dem Gründerkrach von 1873 schließlich die Agrarpreise vor allem in Ostelbien sanken und der Ruf nach Schutzzöllen gegen überseeische Agrarimporte aus Nord- und Südamerika sowie nach Zwangsgesetzen gegen die Abwanderung verelendeter Landarbeiter laut wurde, stellte sich Meyer sogar gegen diese »Kornzölle«, weil sie die Lebensmittelpreise für die Arbeiterklasse erhöhten. Der Sozialkonservatismus zog dadurch zwangsläufig die

Feindseligkeit der Großgrundbesitzer und der *Kreuzzeitung* auf sich. »Greif den Kornzoll an – und Du hast alle Junker aller Laender gegen Dich«, resümierte Meyer später in einem Brief vom 7. April 1891 an den Schriftsteller Paul Ernst.

Gleichzeitig verstärkten die sich zuspitzenden Klassenkämpfe und die Pariser Commune von 1871 die Revolutionsfurcht unter den ökonomisch herrschenden Klassen. Geeint waren die Konservativen in ihrer Verachtung des proletarischen Pöbels, der sich jetzt erdreistete, seine Geschichte selbst in die Hand zu nehmen. Zwölf Tage nach Ausrufung der Commune hatte die *Kreuzzeitung* geschrieben: »Die öffentliche Meinung in Europa ist einstimmig darin, dem Verhalten der deutschen Regierung in dieser neuen Krisis ebenso entschieden Anerkennung zu zollen, wie sie sich von der Bewegung in Paris mit Abscheu abwendet.« Rodbertus' Verachtung der Pariser Arbeiter stand dem in nichts nach; der Gegensatz zwischen Staats- und demokratischem Sozialismus wird eindrucksvoll unterstrichen, wenn der Ökonom in einem Brief an Meyer vom 3. Juli 1871 schreibt: »Bisher sagte man: Die Grundlagen der modernen Civilisation können nicht mehr wie die der antiken zertrümmert werden, denn es fehlen fortan auf dem Erdenrund die auswärtigen Barbaren dazu. Und jetzt zeigt sich, dass die moderne Civilisation solche auswärtigen Barbaren gar nicht dazu nöthig hat, sondern sie in ihrem eigenen Schoosse erzieht (...).«

Die entscheidende Frage blieb indes, ob der Bedrohung der bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse durch den Sozialismus mit Repression oder Konzession beizukommen sei. Im Gegensatz zur *Kreuzzeitung* erwarteten die So-

Unter zusehends marxistisch-revolutionären Vorzeichen wuchs sie zur Massenpartei heran, was die Revolutionsfurcht der Sozialkonservativen weiter anfechtete.

Wie nun aber die Hegemoniekämpfe innerhalb des »Agrarier«-Lagers verliefen und auch die politische Verbindung von Grundbesitzerklasse und Lassalleanern gescheitert war, musste die Idee vom »Staatssozialismus« sich nun um so »cäsaristischer« und noch voluntaristischer auf die Figur Bismarck kaprizieren. Allerdings bot der Reichskanzler immer weniger Projektionsfläche. Er rettete Banken, suchte das Bündnis mit Industrie und Großgrundbesitz und begab sich 1877 endgültig und unmissverständlich in deren Interesse auf Schutzzollkurs. Ein Jahr später erließ er die »Sozialistengesetze«, die de facto einem Verbot der SAP gleichkamen. Rudolf Meyer trat nun in offene Opposition zu Bismarck und warf ihm vor, sich von Kapitalinteressen korrumpiert haben zu lassen. Nach einem vielbeachteten Verleumdungsprozess Ende 1877 musste er ins Exil gehen. Wagener verweigerte im Prozess die Aussage. Sein Verhältnis zu Bismarck kühlte sich stark ab. Recht behalten sollten die Sozialkonservativen in ihrer Auffassung, dass die Repressionspolitik die Arbeiterbewegung radikalisiere würde. Daran änderte auch Bismarcks eingeschränkte Sozialversicherung von 1884 nichts mehr. Als die »Sozialistengesetze« 1890 nicht mehr verlängert wurden, war die Sozialdemokratie radikaler als jemals zuvor.

### Präfaschismus

Währenddessen wurden die *Kreuzzeitung* und die 1876 gegründete Deutschkonservative Partei jetzt zu Katalysatoren anderer konservativer Strömungen, die nicht mit Sozialreform, sondern mit demagogischem Antisemitismus auf den Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung reagierten und sich zur »Antikanzlerliga« formierten. Zum Jahreswechsel 1874/75 publizierte die Zeitschrift *Gartenlaube* eine Artikelserie von Otto Glagau. Darin vertrat der ehemalige Verfechter des Liberalismus die These von der »Degeneration des deutschen Liberalismus«, der unter die Herrschaft der Juden gekommen und so zu einem herzlosen »Manchestertum« degeneriert sei. Dies gipfelte in der Aussage: »Die soziale Frage ist die Judenfrage.« Die *Kreuzzeitung* und einige katholische Zeitungen wie die *Germania* und Edmund Jörgs *Historisch-politische Blätter* schwenkten auf diesen Kurs ein und führten ab 1875 regelrechte Pressekampagnen durch, in denen antijüdische Ressentiments bewusst politisch instrumentalisiert und zur Diffamierung der herrschenden Politik benutzt wurden.

Aus der Krise des Konservatismus entstand so der »Präfaschismus« (Hans-Jürgen Puhle), zu dem letztlich auch die christlich-soziale Bewegung des antisemitischen Hofpredigers Adolf Stoecker zu zählen ist. Zugleich bildete die bürgerliche Sozialreform, wie sie im Rahmen des »Vereins für Socialpolitik« (»Kathedersozialisten«) diskutiert wurde – die Sozialkonservativen waren hier marginalisiert worden –, zusehends sozialimperialistische Züge aus. Auf die Proletarisierung und Abwanderung etwa der zweit- und drittgeborenen Söhne nicht ererblicher Höfe in die Städte und nach Übersee, die zu Ängsten der »Polonisierung« (Max Weber) der west- und ostpreußischen Provinzen führte, sollte nicht nur mit innerem, sondern auch mit Siedlerkolonialismus nach außen reagiert werden. Der soziale Darwinismus nach innen transformierte sich in einen nationalkollektiven nach außen, bei dem man imperialistische Gelüste im Osten dadurch rechtfertigte, dass man im Gegensatz zu Polen, Ukrainern, Litauern und Belarussen auf einer »höheren Kulturstufe« stehe. Der »Drang nach Osten« des »Volks ohne Raum« hat auch hier seine Ursprünge.

■ Ingar Solty schrieb an dieser Stelle zuletzt in der Ausgabe vom 22./23. April zum Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898.

■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

**Konservativer Verteidiger der Spanischen Republik: Valentin Gelber**  
Von Erich Hackl

zialkonservativen von Repressionsmaßnahmen eine Annäherung von ADAV und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) unter marxistischen Vorzeichen; von einer Sozialreform erhofften sie sich hingegen eine Deradikalisierung der Arbeiterbewegung.

Als Bismarck zusehends auf Repressionskurs ging und in der Krise die Interessen von Großindustrie und Großgrundbesitz bediente, enttäuschte er die in ihn gesetzten Hoffnungen der Sozialkonservativen. Sie entwickelten nun Pläne für die Gründung einer eigenen Partei, die – »monarchistisch, sozial, national« – programmatisch von Wagener und in Zusammenarbeit mit Moritz von Blanckenburg entwickelt und von Bismarcks Gnaden gegründet werden sollte. Aber auch diese Pläne zerschlugen sich. Die 1876 gegründete Deutschkonservative Partei würde unter gänzlich anderen Vorzeichen stehen. Sinnbildlich dafür war, dass Meyer noch im Jahr der Gründung wegen »sozialistischer Tendenzen« ausgeschlossen wurde.

Mehr und mehr setzten die Sozialkonservativen auf das Bündnis mit dem ADAV. Zunächst suchten sie über Johannes Baptist von Schweitzer, der bis 1871 den ADAV gelenkt hatte, Einfluss zu gewinnen. Meyer, der hoffte, Schweitzer »anzubändigen«, damit dieser im richtigen »Moment« die »übrigen Sozialdemokraten (...) mit sich fort« reiße, regte an, dass der frühere Vorsitzende in der *Berliner Revue* eine kritische Artikelreihe zu der von ihm verurteilten Radikalisierung des ADAV publiziere – ein Angebot, das Schweitzer annahm. Die linken Kräfte im Verband durchschauten diese Pläne und erhoben schwere Anschuldigungen gegen Schweitzer, darunter den Vorwurf, er habe die Sozialkonservativen nicht nur mit Material versorgt, sondern stehe auch noch in ihrem Sold. Schweitzer wurde aus dem ADAV ausgeschlossen.

Der Einfluss der Lassalleaner war zeitweilig so stark gewesen, dass Marx in Briefen an Wilhelm Liebknecht und August Bebel vor Zuständen theoretischer und politischer Natur gewarnt und mit dem »Austritt« aus der Bewegung gedroht hatte. Nach der Relegierung Schweitzers wurde der Weg frei für die 1875 vollzogene Vereinigung mit der SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP).